

## **AG 60 plus: Antidiskriminierungsgesetz verabschieden!**

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus fordern die Bundesregierung auf, das Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, um ein großes Reformwerk dieser Koalition zum Erfolg zu führen.

In 60 Prozent der Betriebe in Deutschland werden keine Menschen über 50 Jahre beschäftigt. Das unfreiwillige Ausscheiden aus dem Berufsleben erfolgt in keinem Industrieland so früh wie in Deutschland. Kein Industrieland der westlichen Welt beschäftigt so wenig ältere Arbeitnehmer wie die Bundesrepublik Deutschland. Kein modernes Industrieland kann sich so etwas leisten.

Im angelsächsischen Rechtsbereich ist es eine Selbstverständlichkeit, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. In diesen Ländern ist die Altersdiskriminierung längst abgebaut. In Deutschland entwickelt sich diese massive Altersdiskriminierung zum wirtschaftlichen Standortnachteil. Deshalb ist die ideologisch motivierte Kritik deutscher Wirtschaftsfunktionäre gegen den Abbau der Altersdiskriminierung, insbesondere im Berufsleben, abwegig und zeigt auch die mangelnde Reformfähigkeit von Teilen der deutschen Wirtschaft. Die entsprechende EU-Richtlinie gegen Altersdiskriminierung im Berufsleben wird im Übrigen von allen, auch den konservativen europäischen Regierungen mitgetragen.

Es ist zu bedauern, dass die deutsche Wirtschaft im Gegensatz zu anderen Industrienationen das Potential älterer Menschen nicht erkennt. Auch das Argument der angeblichen Prozessflut vor den Arbeitsgerichten wird künstlich und unsachlich hochgespielt. Im angelsächsischen Rechtsbereich hält sich die Zahl der Prozesse, die dort wegen Altersdiskriminierung im Berufsleben geführt werden, im Rahmen. Im Gegensatz zum angelsächsischen Rechtsbereich ist einmal mehr die Reformfähigkeit der deutschen Wirtschaft offensichtlich nur durch Gesetzgebung zu erreichen.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus fordern deshalb die deutsche Wirtschaft auf, sich am Vorbild der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu orientieren und die Altersdiskriminierung im Berufsleben abzubauen. Es geht nicht um mehr Bürokratie, sondern um mehr Gerechtigkeit, insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer.

Auch Altersdiskriminierung durch Banken und Versicherungen sowie im Bereich der Privatwirtschaft, auch der Wohnungswirtschaft, muss abgebaut werden. Die menschenverachtenden Ausfälle des Vorsitzenden der Jungen Union und des Vorsitzenden der Jungen Liberalen zeigen, wie notwendig rechtliche Maßnahmen zum Schutz vor Altersdiskriminierung sind.

Die älteren Menschen in Deutschland haben diesen Schutz verdient. Wer mehr Schutz und Gerechtigkeit für ältere Menschen in unserer Gesellschaft will, muss die ideologischen, teilweise hasserfüllten Angriffe von CDU und FDP gegen den Gesetzentwurf zurückweisen.

E-Mail-Service der SPD-Pressestelle  
10911 Berlin,  
Tel.: 030 25991-300  
Fax: 030 25991-507

## **AG 60 plus: Antidiskriminierungsgesetz verabschieden!**

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus fordern die Bundesregierung auf, das Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, um ein großes Reformwerk dieser Koalition zum Erfolg zu führen.

In 60 Prozent der Betriebe in Deutschland werden keine Menschen über 50 Jahre beschäftigt. Das unfreiwillige Ausscheiden aus dem Berufsleben erfolgt in keinem Industrieland so früh wie in Deutschland. Kein Industrieland der westlichen Welt beschäftigt so wenig ältere Arbeitnehmer wie die Bundesrepublik Deutschland. Kein modernes Industrieland kann sich so etwas leisten.

Im angelsächsischen Rechtsbereich ist es eine Selbstverständlichkeit, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. In diesen Ländern ist die Altersdiskriminierung längst abgebaut. In Deutschland entwickelt sich diese massive Altersdiskriminierung zum wirtschaftlichen Standortnachteil. Deshalb ist die ideologisch motivierte Kritik deutscher Wirtschaftsfunktionäre gegen den Abbau der Altersdiskriminierung, insbesondere im Berufsleben, abwegig und zeigt auch die mangelnde Reformfähigkeit von Teilen der deutschen Wirtschaft.

Die entsprechende EU-Richtlinie gegen Altersdiskriminierung im Berufsleben wird im Übrigen von allen, auch den konservativen europäischen Regierungen mitgetragen.

Es ist zu bedauern, dass die deutsche Wirtschaft im Gegensatz zu anderen Industrienationen das Potential älterer Menschen nicht erkennt. Auch das Argument der angeblichen Prozessflut vor den Arbeitsgerichten wird künstlich und unsachlich hochgespielt. Im angelsächsischen Rechtsbereich hält sich die Zahl der Prozesse, die dort wegen Altersdiskriminierung im Berufsleben geführt werden, im Rahmen. Im Gegensatz zum angelsächsischen Rechtsbereich ist einmal mehr die Reformfähigkeit der deutschen Wirtschaft offensichtlich nur durch Gesetzgebung zu erreichen.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus fordern deshalb die deutsche Wirtschaft auf, sich am Vorbild der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu orientieren und die Altersdiskriminierung im Berufsleben abzubauen. Es geht nicht um mehr Bürokratie, sondern um mehr Gerechtigkeit, insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer.

Auch Altersdiskriminierung durch Banken und Versicherungen sowie im Bereich der Privatwirtschaft, auch der Wohnungswirtschaft, muss abgebaut werden. Die menschenverachtenden Ausfälle des Vorsitzenden der Jungen Union und des Vorsitzenden der Jungen Liberalen zeigen, wie notwendig rechtliche Maßnahmen zum Schutz vor Altersdiskriminierung sind.

Die älteren Menschen in Deutschland haben diesen Schutz verdient. Wer mehr Schutz und Gerechtigkeit für ältere Menschen in unserer Gesellschaft will, muss die ideologischen, teilweise hasserfüllten Angriffe von CDU und FDP gegen den Gesetzentwurf zurückweisen.

E-Mail-Service der SPD-Pressestelle  
10911 Berlin,  
Tel.: 030 25991-300  
Fax: 030 25991-507

### **AG 60 plus: Antidiskriminierungsgesetz verabschieden!**

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus fordern die Bundesregierung auf, das Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, um ein großes Reformwerk dieser Koalition zum Erfolg zu führen.

In 60 Prozent der Betriebe in Deutschland werden keine Menschen über 50 Jahre beschäftigt. Das unfreiwillige Ausscheiden aus dem Berufsleben erfolgt in keinem Industrieland so früh wie in Deutschland. Kein Industrieland der westlichen Welt beschäftigt so wenig ältere Arbeitnehmer wie die Bundesrepublik Deutschland. Kein modernes Industrieland kann sich so etwas leisten.

Im angelsächsischen Rechtsbereich ist es eine Selbstverständlichkeit, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. In diesen Ländern ist die Altersdiskriminierung längst abgebaut. In Deutschland entwickelt sich diese massive Altersdiskriminierung zum wirtschaftlichen Standortnachteil. Deshalb ist die ideologisch motivierte Kritik deutscher Wirtschaftsfunktionäre gegen den Abbau der Altersdiskriminierung, insbesondere im Berufsleben, abwegig und zeigt auch die mangelnde Reformfähigkeit von Teilen der deutschen Wirtschaft. Die entsprechende EU-Richtlinie gegen Altersdiskriminierung im Berufsleben wird im Übrigen von allen, auch den konservativen europäischen Regierungen mitgetragen.

Es ist zu bedauern, dass die deutsche Wirtschaft im Gegensatz zu anderen Industrienationen das Potential älterer Menschen nicht erkennt. Auch das Argument der angeblichen Prozessflut vor den Arbeitsgerichten wird künstlich und unsachlich hochgespielt. Im angelsächsischen Rechtsbereich hält sich die Zahl der Prozesse, die dort wegen Altersdiskriminierung im Berufsleben geführt werden, im Rahmen. Im Gegensatz zum angelsächsischen Rechtsbereich ist einmal mehr die Reformfähigkeit der deutschen Wirtschaft offensichtlich nur durch Gesetzgebung zu erreichen.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus fordern deshalb die deutsche Wirtschaft auf, sich am Vorbild der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu orientieren und die Altersdiskriminierung im Berufsleben abzubauen. Es geht nicht um mehr Bürokratie, sondern um mehr Gerechtigkeit, insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer.

Auch Altersdiskriminierung durch Banken und Versicherungen sowie im Bereich der Privatwirtschaft, auch der Wohnungswirtschaft, muss abgebaut werden. Die menschenverachtenden Ausfälle des Vorsitzenden der Jungen Union und des Vorsitzenden der Jungen Liberalen zeigen, wie notwendig rechtliche Maßnahmen zum Schutz vor Altersdiskriminierung sind.

Die älteren Menschen in Deutschland haben diesen Schutz verdient. Wer mehr Schutz und Gerechtigkeit für ältere Menschen in unserer Gesellschaft will, muss die ideologischen, teilweise hasserfüllten Angriffe von CDU und FDP gegen den Gesetzentwurf zurückweisen.

E-Mail-Service der SPD-Pressestelle  
10911 Berlin,  
Tel.: 030 25991-300  
Fax: 030 25991-507

### **AG 60 plus: Antidiskriminierungsgesetz verabschieden!**

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus fordern die Bundesregierung auf, das Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, um ein großes Reformwerk dieser Koalition zum Erfolg zu führen.

In 60 Prozent der Betriebe in Deutschland werden keine Menschen über 50 Jahre beschäftigt. Das unfreiwillige Ausscheiden aus dem Berufsleben erfolgt in keinem Industrieland so früh wie in Deutschland. Kein Industrieland der westlichen Welt beschäftigt so wenig ältere Arbeitnehmer wie die Bundesrepublik Deutschland. Kein modernes Industrieland kann sich so etwas leisten.

Im angelsächsischen Rechtsbereich ist es eine Selbstverständlichkeit, ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. In diesen Ländern ist die Altersdiskriminierung längst abgebaut. In Deutschland entwickelt sich diese massive Altersdiskriminierung zum wirtschaftlichen Standortnachteil. Deshalb ist die ideologisch motivierte Kritik deutscher Wirtschaftsfunktionäre gegen den Abbau der Altersdiskriminierung, insbesondere im Berufsleben, abwegig und zeigt auch die mangelnde Reformfähigkeit von Teilen der deutschen Wirtschaft. Die entsprechende EU-Richtlinie gegen Altersdiskriminierung im Berufsleben wird im Übrigen von allen, auch den konservativen europäischen Regierungen mitgetragen.

Es ist zu bedauern, dass die deutsche Wirtschaft im Gegensatz zu anderen Industrienationen das Potential älterer Menschen nicht erkennt. Auch das Argument der angeblichen Prozessflut vor den Arbeitsgerichten wird künstlich und unsachlich hochgespielt. Im angelsächsischen Rechtsbereich hält sich die Zahl der Prozesse, die dort wegen Altersdiskriminierung im Berufsleben geführt werden, im Rahmen. Im Gegensatz zum angelsächsischen Rechtsbereich ist einmal mehr die Reformfähigkeit der deutschen Wirtschaft offensichtlich nur durch Gesetzgebung zu erreichen.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuss der SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus fordern deshalb die deutsche Wirtschaft auf, sich am Vorbild der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu orientieren und die Altersdiskriminierung im Berufsleben abzubauen. Es geht nicht um mehr Bürokratie, sondern um mehr Gerechtigkeit, insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer.

Auch Altersdiskriminierung durch Banken und Versicherungen sowie im Bereich der Privatwirtschaft, auch der Wohnungswirtschaft, muss abgebaut werden. Die menschenverachtenden Ausfälle des Vorsitzenden der Jungen Union und des Vorsitzenden der Jungen Liberalen zeigen, wie notwendig rechtliche Maßnahmen zum Schutz vor Altersdiskriminierung sind.

Die älteren Menschen in Deutschland haben diesen Schutz verdient. Wer mehr Schutz und Gerechtigkeit für ältere Menschen in unserer Gesellschaft will, muss die ideologischen, teilweise hasserfüllten Angriffe von CDU und FDP gegen den Gesetzentwurf zurückweisen.

E-Mail-Service der SPD-Pressestelle  
10911 Berlin,  
Tel.: 030 25991-300  
Fax: 030 25991-507